



Versicherungskasse

Teilrevision des Reglementes für die Versicherungskasse der Stadt St. Gallen

Die Finanzverwaltung berichtet:

1 Einführung einer nicht rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrente**1.1 Ausgangslage**

Mit der Totalrevision des Personalreglementes per 1. Januar 1995 wurde, gestützt auf den Verfassungsauftrag von Art. 8 Abs. 3 der BV, die einheitliche Altersgrenze von 63 Jahren für Männer und Frauen eingeführt. Da die ordentliche AHV-Altersgrenze für Männer bei 65 Jahren und für Frauen seit 2001 bei 63 Jahren liegt, ergibt sich für pensionierte städtische Mitarbeiter zwischen dem 63. und 65. Altersjahr eine Einkommenslücke. Diese kann auf freiwilliger Basis mit dem Bezug einer rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrente aus der Versicherungskasse (Art. 13 VK-Reglement) geschlossen werden. Die VK-Altersrente wird in der Folge ab Erreichen des AHV-Alters um 8 % der bezogenen Überbrückungsrente gekürzt. Diese Kürzung gilt anteilmässig auch für die anwartschaftliche Ehegattenrente sowie für Kinder- und Waisenrenten.

1.2 Gründe für die Teilrevision

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass obige Regelung bei tiefen und mittleren Einkommen zu finanziellen Engpässen zwischen dem 63. und 65. Altersjahr führt und dass beim Bezug einer rückzahlbaren Überbrückungsrente die VK-Rente nach Erreichen des AHV-Alters in diesen Einkommenskategorien empfindlich gekürzt wird. Verschiedene Betroffene mussten sich deshalb um eine zusätzliche Beschäftigung bemühen oder beantragten Arbeitslosentaggelder. Für die Personalverbände war und ist darum die Einführung einer nicht rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrente ein wichtiges Anliegen. Auch der Stadtrat hat die Vorsorgelücke zwischen der ordentlichen Altersgrenze gemäss Personalreglement und der AHV-Altersgrenze erkannt und will deshalb für jene Personen, die mit 63 Jahren altershalber in Pension gehen müssen, eine durch die Stadt finanzierte, nicht rückzahlbare AHV-Überbrückungsrente einführen.



Die nicht rückzahlbare Überbrückungsrente soll allerdings lediglich eine Übergangslösung sein bis zur Angleichung des ordentlichen AHV-Rentenalters für Mann und Frau auf Bundesebene. Vom Bundesgesetzgeber bereits mit der 10. AHV-Revision beschlossen ist die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 64 Jahre ab dem Jahre 2005. Die 11. AHV-Revision, die zur Zeit von den eidgenössischen Räten beraten wird, sieht eine Gleichstellung des ordentlichen AHV-Rentenalters von Mann und Frau auf 2009 vor. Der Stadtrat beabsichtigt, dem Grossen Gemeinderat zu gegebener Zeit zu beantragen, die ordentliche Altersgrenze im Personalreglement dem AHV-Rentenalter für Frauen anzupassen, also auf das Jahr 2005 auf 64 Jahre zu erhöhen und voraussichtlich auf 2009 auf 65 Jahre. Damit halbiert sich die nicht rückzahlbare AHV-Überbrückungsrente im Jahre 2005 und fällt voraussichtlich ab 2009 gänzlich weg.

1.3 Ausgestaltung der durch die Stadt finanzierten AHV-Überbrückungsrente

Mitarbeitende, die gemäss Personalreglement mit 63 Jahren ordentlich in den Ruhestand treten, sollen unter den folgenden Voraussetzungen in den Genuss einer durch die Stadt finanzierten, nicht rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrente kommen:

Bis zu einem versicherten Lohn gemäss VK-Reglement von Fr. 74'160.– wird eine maximale, nicht rückzahlbare, AHV-Überbrückungsrente von Fr. 24'720.– pro Jahr ausgerichtet. Die Fr.74'160.– entsprechen dem maximal versicherbaren Lohn gemäss BVG und einem Jahreslohn von Fr. 98'880.– bei 100 % Beschäftigungsumfang. Für versicherte Einkommen über Fr. 74'160.– (Jahreslohn über Fr. 98'880.–) wird der Anspruch auf die AHV-Überbrückungsrente so koordiniert, dass das Einkommen aus VK-Altersrente und AHV-Überbrückungsrente im Maximum Fr. 69'216.– beträgt. Einkommensbezüger mit einem versicherten Lohn von mehr als Fr. 74'160.– sollen damit nicht schlechter gestellt werden als jene, welche Anspruch auf eine volle AHV-Überbrückungsrente haben. Zur Ermittlung des grundsätzlichen Anspruchs auf eine nicht rückzahlbare AHV-Überbrückungsrente wird der Jahreslohn bei Personen mit einem Teilzeitpensum auf 100 % Beschäftigungsumfang hochgerechnet. Bei Teilzeitbeschäftigten wird die Höhe der AHV-Überbrückungsrente im Verhältnis zum Beschäftigungsumfang berechnet. Der maximal versicherte Lohn, der für die AHV-Überbrückungsrente massgebend ist, folgt der Entwicklung der AHV-Renten.

Beispiele (Stand 2001)

Versicherter Lohn	Fr. 50'000.– (Jahreslohn ohne Zulagen 74'720.–)
60 % VK-Rente	Fr. 30'000.–
AHV-Überbrückungsrente	Fr. 24'720.–
Einkommen zwischen 63. und 65. AJ	Fr. 54'720.– (73,23 % von 74'720.–)

Versicherter Lohn	Fr. 74'160.– (Jahreslohn ohne Zulagen 98'880.–)
60 % VK-Rente	Fr. 44'496.–
AHV-Überbrückungsrente	Fr. 24'720.–
Einkommen zwischen 63. und 65. AJ	Fr. 69'216.– (70 % von 98'880.–)



Versicherter Lohn	Fr. 105'000.-- (Jahreslohn ohne Zulagen 129'720.--)
60 % VK-Rente	Fr. 63'000.--
AHV-Überbrückungsrente	Fr. 6'216.--
Einkommen zwischen 63. und 65. AJ	Fr. 69'216.-- (53,53 % von 129'720.--)

Mitarbeiter mit einem versicherten Lohn von mehr als Fr. 115'360.-- (Jahreslohn über Fr. 140'080.--) erhalten keine durch die Arbeitgeberin finanzierte AHV-Überbrückungsrente mehr. Mitarbeiter, die von der Möglichkeit des vorzeitigen Altersrücktritts Gebrauch machen, haben - unabhängig von der Höhe des versicherten Lohnes - auch nach Erreichen des 63. Altersjahres keinen Anspruch auf eine durch die Stadt finanzierte AHV-Überbrückungsrente. Auch übernimmt die Stadt in diesen Fällen nicht die Kosten für eine allenfalls bis dahin durch die Versicherungskasse ausgerichtete rückzahlbare AHV-Überbrückungsrente. Frauen erhalten bei der ordentlichen Alterspensionierung gemäss Personalreglement keine AHV-Überbrückungsrente, da sie mit 63 Jahren bereits in den Genuss der AHV-Altersrente kommen.

1.4 Finanzielle Auswirkungen

Die Einführung der durch die Stadt finanzierten AHV-Überbrückungsrente wird in den kommenden Jahren voraussichtlich folgende Kosten verursachen.

	2002	2003	2004	2005	2006
Verwaltung	252'200.--	185'900.--	305'200.--	332'400.--	262'400.--
Betriebe	177'000.--	192'900.--	234'800.--	197'800.--	247'200.--

In diesen Zahlen sind die ordentlichen Alterspensionierungen aller Mitarbeiter der Jahrgänge 1937 bis 1941 berücksichtigt. Sie basieren auf der Annahme, dass diese Personen bis zum Erreichen des 63. Altersjahres im Arbeitsverhältnis mit der Stadt verbleiben. Es handelt sich also dabei um die maximalen Kosten, die sich durch Rücktritte vor dem ordentlichen Pensionalter reduzieren dürften.

2 Vorzeitiger Altersrücktritt

2.1 Ausgangslage

Die Stadtverwaltung kennt seit 1986 die Möglichkeit des vorzeitigen Altersrücktritts ab 60. Altersjahr (Art. 13 PersR). Gemäss Art. 12 des VK-Reglementes wird die volle Altersrente gewährt, wenn das Mitglied insgesamt 15 Dienstjahre bei der Stadt oder bei einer der Versicherungskasse angeschlossenen Institution aufweist. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, wird die Altersrente um jeden Monat, um den der Rücktritt vorverlegt wird, um 0,6 % gekürzt. Bei vorzeitigem Altersrücktritt kann dies zu einer Rentenkürzung bei vorzeitigem Altersrücktritt von bis zu 21,6 % führen (36 Monate à 0,6 %).



2.2 Gründe für die Teilrevision

Im Zusammenhang mit einem Gerichtsurteil aus dem Kanton Basel-Landschaft ist die Bedingung der 15 Dienstjahre für einen ungekürzten vorzeitigen Rentenanspruch fragwürdig geworden. Die Sachlage im erwähnten Gerichtsfall war zwar nicht vollkommen identisch mit der Problematik gemäss Art. 12 VK-Reglement. Deshalb wurde zur Klärung der rechtlichen Situation in der Versicherungskasse ein im BVG-Recht ausgewiesener Experte beigezogen. Dieser hat den erwähnten Gerichtsentscheid mit Blick auf die Versicherungskasse wie folgt interpretiert:

Das Versicherungsgericht des Kantons Basel-Landschaft hat festgestellt: Eine Regelung, welche im Fall des vorzeitigen Altersrücktritts eine ungekürzte Altersleistung nur vorsieht, wenn die betreffende Person eine bestimmte Anzahl Dienstjahre beim Kanton aufweist, verstösst gegen Art. 9 Abs. 3 des Freizügigkeitsgesetzes. Gemäss FZG hat nämlich jede versicherte Person das Recht, sich beim Eintritt in die Vorsorgeeinrichtung in die vollen reglementarischen Leistungen einzukaufen. Der Gesetzgeber hat damit ganz bewusst festgelegt, dass bei den Vorsorgeleistungen nicht danach differenziert werden darf, ob die Leistungen durch langjährige Zugehörigkeit zur Vorsorgeeinrichtung erworben wurden oder durch Einkäufe. Art. 12 Abs. 2 des VK-Reglementes hält somit vor Art. 9 Abs. 3 FZG nicht mehr stand. Die anvisierte Belohnung der Dienstreue erscheint nicht mehr gesetzeskonform, wenn dies gegenüber jenen versicherten Personen zu besseren Leistungen führt, die gleich viele Kassensjahre aufweisen bzw. solche bei der Versicherungskasse eingekauft haben, jedoch nicht mindestens 15 Dienstjahre bei der Stadt St. Gallen oder einer angeschlossenen Institution absolvierten. Das Eidg. Versicherungsgericht (EVG) hat sich inzwischen in zwei Entscheiden zu dieser Problematik geäussert. Aus beiden Urteilen kann geschlossen werden, dass das EVG die Rechtslage in diesem Punkt gleich beurteilt wie das Versicherungsgericht des Kantons Basel-Landschaft.

Da es sich beim Freizügigkeitsgesetz um höheres Recht handelt, an welches die Versicherungskasse gebunden ist, muss das VK-Reglement in diesem Punkt angepasst werden.

2.3 Finanzielle Auswirkungen / Stellungnahme des Versicherungsmathematikers

Es liegt auf der Hand, dass die Abschaffung der 15 Dienstjahre als Bedingung für eine vorzeitige Alterspensionierung ohne Rentenkürzung für die Versicherungskasse finanzielle Konsequenzen hat. Deshalb wurde der Versicherungsmathematiker mit der Ermittlung der voraussichtlichen Mehrkosten beauftragt.

In der Versicherungskasse gibt es im Moment rund 260 Personen, welche bei Erreichen des 60. Altersjahres nicht 15 Dienstjahre aufweisen. Dies sind ca. 10 % des gesamten Versichertenbestandes. Sie profitieren direkt von der Neuregelung der Vorpension, vorausgesetzt, dass sie sich zum vorzeitigen Altersrücktritt entschliessen. Die Frage der entsprechenden Kosten für die Kasse steht damit im Raum. Das rein rechnerische Ergebnis - Annahme alle Versicherten gehen mit 60 in Pension - ist aus folgenden Gründen unwahrscheinlich und bedarf einer entsprechenden Relativierung. Bei den bereits erwähnten rund 260 Versicherten handelt es sich um Personen mit hohem Eintrittsalter. Diese müssen sich infolge unzurei-



chender Einkäufe in die Kasse weit häufiger als die restlichen 90 % mit Renten begnügen, die für eine Vorpension unattraktiv sind. Bei ca. 40 % handelt es sich um Personen mit tiefen versicherten Löhnen, welche sich die Vorpension finanziell kaum leisten können. Fast gleich viele Versicherte bewegen sich in einem bescheidenen Verdienstbereich, so dass die Vorpension mit oder ohne Kürzung für 80 % oder rund 210 der betroffenen Personen nicht attraktiv ist.

Frankenmässig beträgt die maximale Mehrbelastung der Kasse infolge Verzicht auf Kürzungen bei der vorzeitigen Alterspensionierung 1,3 % oder 9,4 Mio Franken des ordentlichen Sollbetrages von 699,8 Mio Franken (Betrag, der nötig wäre, wenn alle aktiv Versicherten aufgrund des heute gültigen VK-Reglementes gleichzeitig pensioniert würden - vorzeitig und ordentlich). Unter Berücksichtigung der oben skizzierten Wahrscheinlichkeit der Zunahme vorzeitiger Altersrücktritte sowie der maximal möglichen finanziellen Mehrbelastung ist die Revision von Art. 12 des VK-Reglementes aus Sicht des Experten vertretbar.

2.4 Ergebnis der Vernehmlassung

Die Einführung einer durch die Stadt finanzierten, nicht rückzahlbaren AHV-Überbrückungsrente sowie die Streichung der 15 Dienstjahre als Bedingung für eine ungekürzte vorzeitige Altersrente wurden der Verbändekonferenz der Stadt St.Gallen und den Dienststellen zur Vernehmlassung unterbreitet. Dieses Revisionsvorhaben ist grundsätzlich gut aufgenommen worden. In vielen Vernehmlassungsantworten wird aber die Absicht kritisiert, die nicht rückzahlbare Überbrückungsrente nur an Männer auszurichten, welche mit 63 Jahren ordentlich in den Ruhestand treten. Im Weiteren fordern einzelne Stellungnahmen, es sei auf die vorgesehene Plafonierung bei höheren Einkommen zu verzichten.

2.5 Stellungnahme der Verwaltungskommission der Versicherungskasse

Gemäss Art. 42 lit. d des Reglementes über die Versicherungskasse ist die Verwaltungskommission zuständig für die Vorbereitung von Reglementsrevisionen. Anlässlich der Sitzung vom 28. Mai 2001 hat sie die beiden Revisionsvorschläge behandelt und zustimmend zur Kenntnis genommen. Einzelne Personalvertretungen kritisierten aber, dass Männer, die zwischen dem 60. und 63. Altersjahr vorzeitig in den Ruhestand treten, nicht in den Genuss der nicht rückzahlbaren Überbrückungsrente der Stadt kommen sollen. Sie beantragten deshalb, den betroffenen Personen ab 63. Altersjahr noch die Hälfte der vorgesehenen AHV-Überbrückungsrente auszurichten. Dieser Vorschlag unterlag jedoch, weil die Mehrheit der Kommissionsmitglieder dem Revisionsentwurf des Stadtrates folgte. Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit und des Stadtrates soll mit öffentlichen Mitteln nur eine Lücke geschlossen werden, welche für Mitarbeiter entsteht, die aus Gründen der Gleichbehandlung von Mann und Frau mit 63 Jahren pensioniert werden, aber erst mit 65 Jahren eine AHV-Rente erhalten. Wer hingegen von der Regelung eines vorzeitigen freiwilligen Altersrücktritts vor Erreichen des ordentlichen Pensionsalters Gebrauch macht, soll wie bisher auf die rückzahlbare Überbrückungsrente verwiesen werden.



3 Anträge

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen beantragt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat:

Es ist gemäss beiliegendem Entwurf ein Nachtrag I zum Reglement für die Versicherungskasse der Stadt St. Gallen vom 15. September 1998 zu erlassen.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Entwurf Nachtrag 1 zum Reglement über die Versicherungskasse

